



Bildung im Kapitalismus

Prof. Dr. Herbert Schui

wurde durch ein kaiserliches Edikt verboten, weil sie die Handwerker arbeitslos machte. Eingehender lässt sich die aktuell gestellte Frage mit Keynes' Theorie zu Vollbeschäftigung und Wohlfahrt erfassen: Wenn die menschliche Arbeit durch technischen Fortschritt produktiver wird, der Lohn und die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen aber nicht entsprechend wachsen, dann wird ein Mangel an effektiver Nachfrage und folglich Arbeitslosigkeit die Folge sein. Selbst bei sehr niedrigen Zinsen wird die unzureichende Konsumquote nicht durch eine entsprechend steigende Investitionsquote ausgeglichen. Wenn aber die rentablen Investitionsmöglichkeiten begrenzt sind, die steigende Arbeitsproduktivität jedoch bei gegebener Beschäftigung den potenziellen Output steigert, dann gibt es auf der Basis von Keynes' Überlegungen nur zwei Möglichkeiten, aus der wachsenden Ergiebigkeit der Arbeit mehr Wohlfahrt zu machen, nämlich die Nachfrage durch einen höheren Massenkonsum zu steigern oder die Outputsteigerung durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich zu begrenzen. Dies beides aber lässt sich nicht mit Markt und Wettbewerb erreichen. Diese Einsicht ist praktisch und einfach, jedoch schwer zu verwirklichen: Die Lösung bedeutet höhere Kosten und niedrigere Rentabilität. Lässt sich dies bei internationaler Konkurrenz durchhalten. Kann ein kapitalistisches System überhaupt auf einer solchen Grundlage funktionieren? Oder müssen nicht wenigstens Schlüsselbereiche nationalisiert werden, damit die niedrigere Rentabilität kein Hindernis für Produktion und Investition ist?

Was ersetzt die Rentabilität als Steuerungsinstrument? Sobald das Problem der wohlfahrtsmehrenden Nutzung des technischen Fortschritts in dieser Weise angegangen wird, reiht sich Frage an Frage, die intellektuellen und politischen Herausforderungen werden immens. Wird man ihnen gerecht, ist soziale und intellektuelle Unruhe die Folge: an den Universitäten, in den Betrieben, Parteien, Parlamenten und Gewerkschaften. Die Verhältnisse bekommen die nötige Dynamik. Wie auch immer die Lösungsschritte aussehen: Es gibt kein Zurück zur Ausgangslage, alles zielt darauf ab, sich nicht mehr bewusst- und willenlos dem Markt anzuvertrauen, sondern nach der politischen, der rationalen, kollektiven, bewussten Lösung zu suchen, die aus technischem Fortschritt nicht Armut sondern Wohlfahrt macht.

2. Moderne Bewusstseinsindustrie

Unwissen ist Ohnmacht, aber auch Wissen ist solange nicht Macht, wie die Theorie, das Wissen – um ein wenig Marxsche Emphase einfließen zulassen – nicht die Massen ergreift. Das ist die subjektive Seite der rationalen Aneignung der sozialen Umwelt. Wir können jedoch auch in unserer differenzierten Arbeitswelt zweierlei unterstellen: Die überwiegende Mehrzahl der Menschen bestreitet ihren Lebensunterhalt zum allergrößten Teil durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft, und folglich lässt sich für all diese ein Interesse an Vollbeschäftigung und an einer Absicherung gegen Risiken wie Erwerbslosigkeit, Krankheit, Armut im Alter unterstellen. Daran scheitert die Verteidigung und

Bildung und Wissen stehen in einem engen Verhältnis zum technisch-ökonomischen Entwicklungsstand und zu den gesellschaftlichen Verhältnissen, unter denen produziert wird. Wenn Entwicklungsstand und Verhältnisse zueinander in Widerspruch geraten, dann muss dies auf das Wissen und seine Erscheinungsformen durchschlagen. Rückständige gesellschaftliche Verhältnisse prägen das Wissen, seine Herausbildung und Verbreitung. So sind die gegenwärtigen Versuche zu verstehen, Wissen und alles, was damit zusammenhängt, lediglich als eine Ansammlung von Teilmärkten, koordiniert durch den Wettbewerb, zu verstehen. Es wird deutlich, dass es Widersprüche gibt, die nicht gelöst, sondern weggeschminkt werden sollen.

1. Der öffentliche Skandal ungenutzter wirtschaftlicher Möglichkeiten

Um zu verdeutlichen, welche Frage gegenwärtig zu lösen ist, aber nicht mehr gestellt werden soll, da ihre Lösung mit den vorherrschenden Interessen nicht vereinbart werden kann, sei an Marx' Beispiel der Handmühle erinnert. Deren Einsatz

Fortentwicklung des Wohlfahrtsstaates, die Nutzung des technischen Fortschritts für allgemeine Wohlfahrt also nicht. Unklar ist vielmehr in den Köpfen, wie denn diese Aufgaben gemeistert werden sollen. Macht ein hoher Preis für Arbeit erwerbslos, ist die Absicherung gegen Risiken besser bei der Privatwirtschaft aufgehoben, lässt der Wohlfahrtsstaat die Menschen erlahmen? Es ist sicher richtig, dass diese Unklarheit durch die sehr unterschiedlichen Lebensverhältnisse gefördert wird – der gut bezahlten Spezialisten auf der einen und der Tagelöhner in prekären Arbeitsverhältnissen auf der anderen Seite. Aber diese Unklarheiten haben nicht dort ihren Ursprung. Sie entspringen vielmehr einer Bewusstseinsindustrie, die vermeintlich plausible, stets im Unmittelbaren verharrende, Abstraktion peinlichst vermeidende Ansichten über Wirtschaft und Gesellschaft erzeugt und verbreitet. Dieser Manipulation liegt kein boshafter, im Einzelnen ausformulierter Plan zugrunde, obwohl natürlich die Herstellung von falschen und sophistischen Interpretationen von Regierungen, Parteien, von der Geschäftswelt in Auftrag gegeben und von Fachleuten, in Universitäten, Stiftungen und Werbeagenturen ausgearbeitet werden. Das System kommt zunehmend ohne einen Goebbels aus. Vielmehr funktioniert der ganze Bereich mehr und mehr wie ein privater Geschäftszweig, der auf Bedarf reagiert, diesen sicherlich auch manipuliert, dabei aber ganz im Sinne der professionellen Werbung auf die konditionierten Sehnsüchte seiner Kunden eingeht.

3. Die Lehre: Das Input-Output-Schema in Aktion

Der Widerspruch zwischen der hohen Arbeitsproduktivität und der Lebenslage sehr vieler Menschen müsste, wenn er die

Verhältnisse vorwärts bringen soll, Unruhe auslösen, kognitive Dissonanzen, Initiativen, Aktionen mit dem objektiven Ziel, die Produktionsverhältnisse weiterzuentwickeln, bis sie dem Produktivkraftstand angemessen sind, die vorhandenen Mittel also ihrem Zweck dienlich gemacht werden können. Das aber soll in diesem Regime nicht sein, das bei all seiner Dynamik an überkommenen gesellschaftlichen Vorstellungen und Verhältnissen festhalten will, von

lehrer koordiniert. Der Kern dieses Regelwerks ist die Steuerung durch Studiengebühren und Drittmittel. Wenn diese Studiengebühren nicht pauschal gezahlt werden, sondern wenn die Studierenden damit die von ihnen gewünschten Lehrveranstaltungen zusammenkaufen, lässt sich die Lehre in Analogie zum Markt entsprechend den Präferenzen der Nachfrager steuern. Studiengebühren dienen dann als Allokationsinstrument, damit das Unternehmen Universität markt-



Modernisierung redet, aber nur den alten Wein in neue Schläuche füllt.

Wie sind die Universitäten hier einzupassen, die Studierenden, von denen ja oft bedeutende Impulse ausgegangen, sind? Neue, auf dem Verordnungsweg geregelte Berufsverbote wären zu diesem Zweck ebenso anachronistisch wie Goebbels straffe Vereinigungen für Professoren und Studierende. Es muss ein automatisches Regelwerk her, Smiths unsichtbare Hand, die allen ihre vermeintliche Freiheit lässt und die individuellen Präferenzen der Studierenden und der Hochschul-

marktgängige »Produkte« anbietet. Für ärmere Studierende wird es in diesem Kontext Bildungsgutscheine geben, die das klassische Stipendium ersetzen. Mit diesem Kunstgriff lassen sich Widerstände beseitigen, die damit begründet werden könnten, dass der Zugang zu einer akademischen Ausbildung kein Privileg der Reichen sein dürfe. Verknüpft wird dies mit einem anderen Argument, nämlich dass diese Ausbildung zu überdurchschnittlichen Einkommen führt und dass die Studierenden ihre Ausbildung durch Kredite finanzieren sollen, statt hiermit die öffentlichen Haushalte zu be-

lasten. Dies wird ausstaffiert mit allerlei Gerechtigkeitsargumenten: Warum soll privilegierte Bildung aus Massensteuern, aus Lohn- und Verbrauchssteuern finanziert werden? Auch wenn die Frage richtig gestellt ist, ist sie zu verneinen. Die Lösung besteht nicht in Studiengebühren und Krediten, sondern in hohen Gewinnsteuern und einer starken Progression bei der Einkommensteuer.

Sind erst die Stipendien für Bedürftige durch Bildungsgutscheine ersetzt oder ist ihnen doch wenigstens ein öffentlich garantierter Zugang zu Ausbildungskrediten zu mäßigen Zinsen ermöglicht, hat also das neue Bildungswesen hierdurch seine soziale Legitimation, dann kann der Markt auch diese Facette der Gesellschaft erobert. Die Funktionsprinzipien sind leicht zu skizzieren: Es lässt sich ohne weiteres unterstellen, dass Studierende nach ihrem Examen eine angemessene Arbeit finden möchten. Hierzu ist es wichtig, eine marktgängige Ausbildung zu haben. Folglich müssen die Fertigkeiten erlernt werden, die die Unternehmen oder auch der Staat nachfragen.

Ausbildung und intellektuelle Anstrengung allgemein sind damit in ein Input-Output-Schema eingepasst: Die in bestimmter Weise qualifizierte Arbeit ist Input für Unternehmen und Staat, sie ist Output der Universitäten, soweit die Studierenden den genannten Input im Voraus richtig einschätzen und bei den Universitäten nachfragen. Die Freiheit der Studierenden besteht darin, aus Gründen ihrer künftigen Erwerbstätigkeit Input und Output zur Deckung zu bringen. Es ist nicht so, wie die gängige Floskel lautet, dass Humboldts Bildungsideal »in der Masse erstickt« würde. Es ist das Marktschema, das ihm keine Luft zu atmen lässt. Und

auch den Rat der Weitsichtigen unter den klassischen Ordinarien wird es nicht mehr geben können, nämlich sich an der Universität umzusehen und nicht sogleich mit äußerster Zielstrebigkeit auf einen der neuen Master-Abschlüsse (günstiger cw-Wert und »entrümpelt«) hinzuarbeiten. Eines ist sicher: Die Erzeugung dieses verwertbaren, rentablen Wissens ist nicht das, was den Intellektuellen hervorbringt und erst recht nicht seine Verantwortlichkeit. Dieses System ist darauf ausgerichtet, Fachleute hervorzubringen, aber schwerlich einen Einstein, der in den 40er Jahren seine politische Überzeugung in einem Essay »Why Socialism?« klarmacht, nicht 18 Göttinger Physiker, die sich in den 50er Jahren öffentlich gegen die atomare Bewaffnung Westdeutschlands wenden, und vieles andere mehr an intellektueller Unruhe.

Keynes schrieb vom »öffentlichen Skandal ungenutzter wirtschaftlicher Hilfsquellen«: Wird das neue marktgesteuerte Universitätssystem dazu beitragen können, dass es in der Zukunft hierfür einen Gedenktag gibt (nachdem dies überwunden ist), und dafür, dass vermeidbare Armut die Menschen erniedrigt hat, ihrer Würde beraubt, Kriminalität verursacht und drakonische Strafen ausgelöst hat? Wer wird im neuen Marktsystem den Studierenden, der Öffentlichkeit erläutern, warum die Erwerbslosigkeit, die prekären Arbeitsverhältnisse, das Phänomen der working poor auch dann nicht verschwindet, wenn sich alle auf das genaueste in das Input-Output-Schema eingepasst haben? Wer wird die Gründe für den Widerspruch zwischen hoher Arbeitsproduktivität und wachsender Armut erforschen? Werden sich die Studierenden künftig mit ernst zu nehmender Makroöko-

nomie befassen, die deutlich macht, dass die Beseitigung der Erwerbslosigkeit außerhalb der Reichweite ihrer individuellen, marktkonformen Bemühungen liegt? Wird dies durch Drittmittel gelenkte Forschung gefördert?

4. Die Forschung: Blinde Flecken

Bei der öffentlichen Finanzierung der Forschung sind vor allem drei Fragen, zu lösen: Wie können die Unternehmen als Nutznießer von Forschung an den Kosten beteiligt werden, was soll Forschungsgegenstand sein und welche Personen oder Gruppen erbringen je Forschungsmark die besten Ergebnisse?

Damit ist angesprochen, dass Forschungsmittel knapp sind und dass es Kriterien geben muss, nach denen sie verteilt werden. Nun sollte man den Hinweis auf Knappheit nicht unwidersprochen lassen. Denn warum eigentlich verzichtet der Staat auf Gewinnsteuern, die ja auch den Universitäten zugute kommen könnten? Warum müssen diese nun von den Unternehmen Sponsoring und Drittmittel erbetteln?

Wenn aber einmal die Mittel knapp gemacht sind, dann verpflichten sich die Universitäten in Leistungsvereinbarungen mit dem jeweiligen Wissenschaftsministerium mehr und mehr Drittmittel einzuwerben, mehr noch, es gibt zusätzliches öffentliches Geld, wenn der Quotient aus Drittmitteln zur Anzahl der Hochschullehrer recht hoch ausfällt. Zwar existiert die Freiheit von Forschung und Lehre im Sinne des Grundgesetzes weiter, aber das ganze Verfahren stellt doch sicher, dass wissenschaftliche Mitarbeiter da eingestellt werden und forschen, wo dies die Drittmittelgeber wünschen

(viel Zeit geht allerdings bereits bei der Ausarbeitung neuer Anträge verloren). Besonders in den Sozialwissenschaften ist dies ein äußerst zweifelhaftes Verfahren. Denn wer gibt nun die Richtung vor? Eine sehr große Anzahl von Stiftungen, die gemäß ihren unterschiedlichen Satzungen, Beiräten, Kuratorien und jeweiligen Forschungsschwerpunkten vorab entscheiden, was Sache ist, und Unternehmungen, die durchweg an einer Zuarbeit in den Naturwissenschaften interessiert sind. Es wird behauptet, »Drittmittelfähigkeit« sei einfacher und zuverlässiger als die Beurteilung von wissenschaftlichen Veröffentlichungen, denn schließlich hätten die jeweiligen Monographien und Aufsätze unterschiedliche Qualität. Aber haben die Fremdmittel, das ist doch die Frage, nicht auch unterschiedliche Qualität? Ist das Urteil, das mit einer Mark aus einer Roosevelt-Stiftung verbunden wäre, identisch mit dem Urteil einer Mark aus einer Reagan-Stiftung?

Kann so organisierte sozialwissenschaftliche Forschung ernsthaft die brennenden Gegenwartsfragen angehen, oder sind nicht doch die falschen Fragen gestellt, sodass die Forschung schließlich allerlei Moden folgt, weil alle, auch die Stiftungen, zeitgemäß sein möchten, aber kaum jemand die Gelegenheit hat zu klären, warum einiges zeitgemäß und anderes nicht (mehr) zeitgemäß sein soll? Überhaupt scheint »zeitgemäß« die traditionellen Falsifikationskriterien für wissenschaftliche Behauptungen zu ersetzen. Der triviale Hinweis muss erlaubt sein: Die Wahrheit sollte interessieren und die Bedeutung der gestellten Frage. Von vorne herein ist es schwierig, solide zu beurteilen, welches Projekt die größeren Chancen hat, die »Wahrheit« zum Vorschein zu bringen. Eine gediegene For-

schungspolitik muss sich daher auf Vielfalt verlegen, unterschiedliche Herangehensweisen, Paradigmen, Positionen gleichermaßen fördern. Das aber kann nicht ein ungeordnetes Ensemble autonomer Stiftungen und Unternehmen im Verein mit öffentlich finanzierter Forschung leisten. Doch auch bei politisch vernünftig organisierter Forschung ist vor Illusionen zu warnen: Besonders in den Sozialwissenschaften ist es Sache des Bewusstseins, der vorherrschenden Einstellungen, ob die »Wahrheit« wahrgenommen wird – ganz abgesehen davon, dass der praktische Test gesellschaftswissenschaftlicher Aussagen, ihr empirischer Beweis schwierig ist. Aber trotz all dieser Schwierigkeiten: Forschung und Lehre an den Universitäten könnten ihren Beitrag leisten für eine vernunftgeleitete Erzeugung und Nutzung des potenziellen Reichtums der Gesellschaft. Gegenwärtig aber wird alles darangesetzt, dass die entscheidenden Fragen nicht gestellt werden. Die Wissenschaft soll sich bei der Analyse der Produktionsverhältnisse blind stellen. Die Gesellschaftswissenschaften sollen sich dem social engineering widmen, den Gefälligkeitsattesten, dem Herausputzen alter Traditionen oder der postmodernen Verantwortunglosigkeit.

Abdruck mit freundlicher Genehmigung von Prof. H. Schui

Prof. Dr. Herbert Schui war 1974 bis 1980 Assistenzprofessor an der Universität Bremen, danach Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität für Wirtschaft und Politik in Hamburg; zahlreiche Gastprofessuren im Ausland, emeritiert seit Frühjahr 2005. Seit 1973 Mitglied der ÖTV/ver.di. 1975 Mitbegründer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, 2004 Mitbegründer und Mitglied der WASG. Mitglied des Bundestages seit 2005.

Die Welt goes Heiligendamm

Vom 6. bis 8. Juni treffen sich die Staats- und Regierungschefs der acht reichsten und mächtigsten Industrieländer der Welt in Deutschland. Um die Aufklärungsarbeit der Schulen zu unterstützen und um die Meinungsbildung unter den Schülerinnen und Schülern anzuregen, legt die GEW acht Unterrichtsbausteine zum G8-Treffen in Heiligendamm vor, die über die Hintergründe des G8-Gipfels informieren

Das Treffen in Heiligendamm ist mehr als eine PR-Veranstaltung: Hier wird handfeste Politik gemacht und es werden Maßnahmen von globaler Tragweite vereinbart.

Unsere Schülerinnen und Schüler werden über die Medien an diesem Gipfeltreffen teilhaben. Sie werden dabei mit einer Berichterstattung konfrontiert, die zwischen Feierlichkeit und Hysterie schwanken dürfte.

Die wenigsten von ihnen werden über die Hintergründe des G8-Gipfels oder die globale Dimension politischen Handelns informiert sein. Deshalb ist die Schule als ein Ort der Aufklärung gefordert: Sie kann den Schülerinnen und Schülern einen Eindruck vom politischen und ökonomischen Kontext solcher Gipfeltreffen vermitteln. Und sie kann ihnen erläutern, welche Interessen dabei jeweils wirksam werden.

Im Klassenzimmer sollte nicht die Medieneinstellung internationaler Konferenzen zählen, sondern ganz alleine deren politische Substanz.

Um die Aufklärungsarbeit der Schulen zu unterstützen und um die Meinungsbildung unter den Schülerinnen und Schülern anzuregen, legt die GEW acht Unterrichtsbausteine zum Treffen von Heiligendamm vor. Sie macht dabei keinen Hehl daraus, dass sie sich selbst dem Protest der Globalisierungskritiker angeschlossen hat. Die Unterrichtsbausteine aber sind so offen gehalten, dass sich jeder Schüler unvoreingenommen mit diesem Thema beschäftigen und eine eigene Position dazu erarbeiten kann.

Die GEW weiß um die vielfältigen Belastungen, denen die Arbeit der Lehrkräfte ausgesetzt ist. Die vorliegende Arbeitshilfe für den Unterricht versteht sich deshalb auch als ein Service für die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen: Sie können ihren Schülern ein aktuelles Thema anbieten, ohne sich selber in umständlichen Recherchen aufzureiben oder sich auf die Entwicklung eigener Unterrichtsmethoden einzulassen. Alle Unterrichtsbausteine lassen sich als Kopiervorlagen nutzen und sind deshalb ohne großen Aufwand einsetzbar.

Es ist der vorliegenden Publikation zu wünschen, dass über sie ein ebenso notwendiges wie komplexes Thema den Unterricht erreicht, und dass damit das Klassenzimmer als ein Ort der Information und des Diskurses genutzt wird.

Ulrich Thöne
GEW-Vorsitzender
http://www.gew.de/Die_Welt_goes_Heiligendamm.html